

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 14. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. März 2013, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

| | |
|---|-----------------------------------|
| Beate Raudies (SPD) | stellv. Vorsitzende |
| Heike Franzen (CDU) | |
| Daniel Günther (CDU) | |
| Heiner Rickers (CDU) | |
| Martin Habersaat (SPD) | |
| Lars Winter (SPD) | i. V. v. Kai Vogel |
| Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | i. V. v. Anke Erdmann |
| Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | |
| Anita Klahn (FDP) | |
| Sven Krumbeck (PIRATEN) | |
| Lars Harms (SSW) | i. V. v. Jette Waldinger-Thiering |

Weitere Abgeordnete

Serpil Midyatli (SPD)
Christopher Vogt (FDP)
Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|---|--------------|
| 1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013 | 5 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/478 | |
| 2. Sachstand zum Streit über die Bewertung archäologischer Funde und Ausleihe derselben in Haithabu | 6 |
| Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | |
| 3. Modellprojekt Familien- und Nachbarschaftszentren einführen | 7 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/422 | |
| 4. Keine Gefährdung von Studienplätzen an den Universitäten Kiel und Flensburg durch eine Reform der Lehramtsausbildung | 8 |
| Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/516 | |
| 5. Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013 Berichtszeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 (Halbzeitbewertung) | 9 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/407 | |
| 6. Aktenvorlagebegehren zum Thema Errichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen | 11 |
| Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/874 | |

- 7. Flexibilisierung des Einschulalters** 12
- Antrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 18/507](#)
- Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen**
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/541](#)
- 8. Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der 341. Kultusministerkonferenz** 13
- 9. Verschiedenes** 14

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Raudies, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/478](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse des Landtags)

Der Bildungsausschuss empfiehlt, den Bericht Drucksache 18/478 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Sachstand zum Streit über die Bewertung archäologischer Funde und Ausleihe derselben in Haithabu

Antrag der Abg. Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf Fragen von Abg. Fritzen stellt Herr Dr. Opitz, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, klar, von den von den Bremer Landesarchäologen angeforderten 19 Fundstücken habe die Stiftung Schloss Gottorf 12 bewilligt und sieben aus konservatorischen Gründen zurückgehalten. Die von der Stiftung alternativ angebotenen Archivalien seien vom Bremer Landesmuseum nicht angenommen worden. Der in die Öffentlichkeit getragene Eindruck, die Stiftung stelle sich nicht ihrer braunen Vergangenheit, solle durch eine Stellungnahme des Bremer Landesmuseums korrigiert werden. Selbstverständlich stelle sich die Landesarchäologie ihrer Vergangenheit und werde die Rolle der Archäologie im Nationalsozialismus bei der Neukonzeption der Dauerausstellung berücksichtigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Modellprojekt Familien- und Nachbarschaftszentren einführen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/422](#)

(überwiesen am 25. Januar 2013 an den **Sozialausschuss** und den Bildungsausschuss; Sozialausschuss empfiehlt mehrheitlich Ablehnung)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfiehlt der Ausschuss, den CDU-Antrag Drucksache 18/422 abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Keine Gefährdung von Studienplätzen an den Universitäten Kiel und Flensburg durch eine Reform der Lehramtsausbildung

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/516](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013)

Auf Vorschlag von Abg. Günther beschließt der Ausschuss, zu dem FDP-Antrag Drucksache 18/516 und dem von der CDU-Fraktion mit Drucksache 18/602 erbetenen Bericht zur Zukunft der Lehramtsausbildung am 11. April 2013 die Präsidenten der Universitäten Kiel und Flensburg anzuhören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht über die Entwicklungen im Hochschulbereich der Zielvereinbarungsperiode 2009 bis 2013
Berichtszeitraum 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2011 (Halbzeitbewertung)

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/407](#)

(überwiesen am 25. Januar 2013 zur abschließenden Beratung)

Abg. Günther stellt fest, dass die Universität Flensburg die mit dem Land vereinbarten Ziele nicht erreicht habe, und vermisst eine klare Stellungnahme der Landesregierung dazu.

Bildungsministerin Dr. Wende weist darauf hin, dass die Diskussion über die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge und die Präsidentenwahlen Ressourcen gebunden hätten.

Abg. Vogt wünscht sich, dass die Berichterstattung im abschließenden Zielvereinbarungsbericht aus Gründen der Vergleichbarkeit möglichst nach einheitlichen Kriterien erfolge. Er möchte wissen, inwieweit mit den einzelnen Hochschulen Gespräche über Problembereiche geführt würden.

Herr Dr. Roß, Leiter des Referats Hochschulplanung im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, teilt mit, der Bericht sei im Konsens mit den Hochschulen erstellt und es seien mit allen Hochschulen Gespräche geführt worden, damit die vereinbarten Ziele bis zum Ende der Zielvereinbarungsperiode 2013 tatsächlich erreicht würden.

Frau Janus, Leiterin des Referats Universitäten im Wissenschaftsministerium, macht darauf aufmerksam, dass es für die Universität Flensburg schwierig gewesen sei, angesichts geänderter Rahmenbedingungen in den letzten Jahren die Ziele zu erreichen. Man stehe mit der Universität in regelmäßigem Gespräch und werde sich für eine zufriedenstellende Abschlussbilanz einsetzen.

Abg. Habersaat erinnert daran, dass in der Zielvereinbarung zwischen Land und Universität Flensburg stehe, dass die Universität die Ziele mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln nicht erreichen könne.

Nach Auffassung von Abg. Günther sprechen Ergebnisse und Entwicklung der Universität Flensburg dafür, die Universität in Ruhe weiterarbeiten zu lassen, statt eine politisch motivierte völlige Umkrempelung der Studiengänge durchzuführen.

Ministerin Dr. Wende weist darauf hin, dass der im Sommer startende Grundschullehrer-Studiengang bisher ebenso wenig akkreditiert worden sei wie der geplante Sekundarstufenlehrer-Studiengang. Es mache Sinn, dass sich die Universität auf die bevorstehende Reform der Lehrerausbildung und die Ausbildung des Sekundarlehrers einstelle.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 18/407 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Aktenvorlagebegehren zum Thema Errichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Antrag der Fraktion der FDP

[Umdruck 18/874](#)

Das Aktenvorlagebegehren der FDP-Fraktion [Umdruck 18/874](#) findet die Unterstützung aller Ausschussmitglieder.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Flexibilisierung des Einschulalters

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/507](#)

Flexiblen Eintritt in die Grundschule ermöglichen

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/541](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013)

Zu den Anträgen von FDP und CDU [Drucksachen 18/507](#) und 18/541 will der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen einholen. Die Fraktionen wurden gebeten, bis zum 22. März 2013 Anzuhörende gegenüber dem Ausschussgeschäftsführer zu benennen. Die Anträge sollen in der Sitzung am 23. Mai 2013 beraten werden.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht der Bildungsministerin über die Ergebnisse der 341. Kultusministerkonferenz

Bildungsministerin Dr. Wende berichtet, dass sich alle 16 Bundesländer verpflichtet hätten, ab 2014 den Lehramtsabsolventen einen gleichberechtigten Zugang zum Vorbereitungsdienst zu ermöglichen und grundsätzlich allen Lehrkräften den Berufszugang bundesweit zu gewährleisten. Die Einigung fördere die Mobilität der Lehrkräfte in Ausbildung und der Lehrkräfte. Im Grundschullehrer-Studiengang sei für diejenigen Studierenden, die nicht Deutsch oder Mathematik studierten, ein viersemestriges Pflichtmodul in Mathematik und Deutsch vorgesehen. Die Verständigung der KMK mache in Schleswig-Holstein keine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen erforderlich.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die stellvertretende Vorsitzende wertet die vom Bildungsausschuss letzten Donnerstag durchgeführte **Veranstaltung zum digitalen Lernen** als Erfolg.
- b) Am 11. April 2013 will der Bildungsausschuss gemeinsam mit dem Finanzausschuss über den **Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der Professorenbesoldung**, [Drucksache 18/348](#), und die **Anträge zum Hochschulpakt 2020**, [Drucksache 18/381](#) und [Umdruck 18/598](#), in Anwesenheit der Hausspitze beraten.
- c) Am 18. April 2013 führt der Bildungsausschuss eine **ganztägige Bereisung** zu den Themen Inklusion und Schloss Gottorf in Schwentinental und Schleswig durch.
- d) Die stellvertretende Vorsitzende berichtet über die Ergebnisse des **Gesprächs der Ausschussvorsitzenden mit dem Landtagspräsidenten** (gemeinsame Ausschusssitzung mit der Hamburgischen Bürgerschaft, Mitberatung von Ausschüssen, Ausschussreisen, Beratung von Subsidiaritätsangelegenheiten unter Einbeziehung der Fachausschüsse, Umgang mit Medienvertretern, Zusammenarbeit mit dem Kaliningrader Gebiet).

Die stellv. Vorsitzende, Abg. Raudies, schließt die Sitzung um 15 Uhr.

gez. Beate Raudies

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer